



LeaderDevelopment in Führung, Kommunikation und Verkauf

NZZ Online

Montag, 05. Mai 2008, 13:46:14 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Startseite

9. März 2008

Die Steuer-Hölle *Deutschland schlägt im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wild um sich. Dabei sind die Probleme hausgemacht. Das auf Gleichheit ausgerichtete System provoziert Ungerechtigkeiten, sagen in- und ausländische Kritiker. Der Staat gebärde sich räuberisch und funktioniere erst noch ineffizient. Von Andreas Schmid*

Drei Viertel der deutschen Steuerpflichtigen schmuggeln laut Berechnungen des Linzer Wirtschaftsprofessors Friedrich Schneider Einnahmen am Fiskus vorbei. Normalverdiener hinterziehen demnach mehr Steuern als Reiche, dem Staat gehen jährlich Einnahmen von bis zu 40 Milliarden Franken verloren.

Dennoch hat es sich Deutschland mit der Ursachenforschung bisher einfach gemacht und hauptsächlich die Steuerflucht von Grossverdienern angeprangert: Als Steigbügelhalter dafür werden ausländische Staaten mit attraktiven Steuerbedingungen wie die Schweiz, Luxemburg, Österreich oder das Fürstentum Liechtenstein an den Pranger gestellt. Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück hat ihnen öffentlich den Kampf angesagt. Amtsvorgänger Hans Eichel bezichtigte die Schweizer Banken gar, mit ihrem Geschäftsmodell bewusst Beihilfe zur Steuerhinterziehung für deutsche Bürger zu leisten.

In Deutschland dagegen standen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung – inzwischen von Wissenschaftlern als nationale Massenphänomene definiert – kaum zur Debatte. Nachdem die heftigen Rundumschläge vorerst von eigenen Mängeln abgelenkt haben, kehrt der Wind nun teilweise gegen innen. «Viele deutsche Bürger haben das Gefühl, dass sich der Staat wie ein Räuber verhält und sie um ihr Einkommen und Vermögen bringt», sagt der Sozialethiker Wolfgang Ockenfels von der Universität Trier. Die Razzien gegen deutsche Steuerbetrüger im Ausland erinnerten an ein totalitäres Regime. Ockenfels spricht von einem symbolisch klassenkämpferischen Gebaren, das den

«Mangel an marktwirtschaftlicher Rationalität» im Steuersystem übertünchen solle.

Zwischen den Bundesländern existiert kein fiskaler Wettbewerb, die in der Verfassung verankerte «Gleichheit der Lebensverhältnisse» gilt als Maxime. Anreize zu effizientem Einsatz der Mittel gingen durch die Vater-Staat-Mentalität («der Staat muss für alles sorgen») verloren, sagt Ockenfels. Konkurrenz herrsche lediglich im Kampf um das Zurückholen von möglichst viel nach Berlin entrichteten Steuergeldern.

Der Staat ist überall

Rund 9000 Franken pro Kopf nimmt Deutschland jährlich an Steuergeldern ein, in der Schweiz beträgt dieser Wert knapp 5000 Franken. Laut Statistik des Lausanner Hochschulinstituts für öffentliche Verwaltung steht in Deutschland jeder fünfte der 38 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, während in der Schweiz jeder siebte von 4,4 Millionen Beschäftigten in der Verwaltung arbeitet. Der deutsche Staat müsse sich aus vielen Bereichen zurückziehen, fordert Alexander Wiech vom Bund der Steuerzahler Deutschland. «Besonders in der Politik ist heute die Meinung verbreitet, der Staat habe sich um sämtliche Bereiche des Lebens zu kümmern.» Nicht zuletzt aus dieser Haltung heraus habe sich die Staatsverschuldung kontinuierlich aufgetürmt. Sie beträgt heute rund 2500 Milliarden Franken; die Schweiz ist demgegenüber mit 120 Milliarden Franken verschuldet.

Das deutsche Steuer- und Abgabensystem ist so kompliziert, dass sich nur die wenigsten Bürger im Paragrafendschangel zurechtfinden. «Dabei gehörte Transparenz zur Pflicht des Staates», sagt der Münchner Wirtschaftsethiker Karl Homann. Grundsätzlich sei das Erheben von Steuern weitgehend akzeptiert, doch mit Betrug und Hinterziehung wehrten sich die Steuerpflichtigen gegen herrschende Missstände. Zudem führe der Nachahmungseffekt dazu, dass Steuerdelikte zu einem Massenphänomen würden. «Einer nach dem anderen schummelt, weil es der Nachbar auch tut.»

Mit einer um rund 5 Prozent höheren Fiskalquote als die Schweiz steht Deutschland (35,7 Prozent) im internationalen Vergleich gar nicht schlecht da – auch weil sich die hohen Lohnnebenkosten bei diesem Wert nicht allzu gravierend auswirken. Die Kritik zielt denn auch mehr auf den riesigen bürokratischen Apparat und die vergleichsweise mediokren Gegenleistungen des Staates für die Abgaben und Gebühren.

«Steuerwettbewerb ist in Deutschland ein Schimpfwort», sagt Dieter Ruloff, Professor für internationale Beziehungen an der Universität Zürich. Wie aber Finnland und Schweden zeigten, verhinderten hohe Steuern und Staatsquoten nicht zwingend den wirtschaftlichen Erfolg. «Doch in Deutschland lässt der

Wirkungsgrad staatlicher Tätigkeit stark zu wünschen übrig.» Der Bürger erhalte zu wenig für sein Geld. Gerade im Osten des Landes sei die Infrastruktur teilweise mangelhaft, obwohl noch immer jedes Jahr hohe zweistellige Milliardenbeträge in den «Aufbau Ost» investiert würden.

Neben der seit bald 20 Jahren die Staatskasse belastenden Wiedervereinigung hat Deutschland mit seinen 82 Millionen Einwohnern – gegenüber 7,5 Millionen der Schweiz – auch aussenpolitisch hohe Belastungen zu tragen, etwa durch Zahlungen an die EU oder Aufwendungen für internationale Militäroperationen. Ins Gewicht fallen zudem die Ausgaben für die soziale Absicherung, allein die knapp 3 Millionen deutschen Arbeitslosen belasten das Haushaltsbudget massgeblich.

Schweizer Retourkutsche

Kein gutes Haar am deutschen Steuersystem lässt Kurt Stalder, der Sekretär der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz. Die zentrale Organisation Sorge dafür, dass das Geld versickere und jegliche Motivation für eine effiziente Gestaltung des Apparats von Bund und Ländern verloren gehe. Auch deshalb seien alle bisher angestrebten Föderalismusreformen gescheitert. «Ein Hindernis ist auch die garantierte Beamtenstellung auf Lebenszeit», sagt Stalder, die öffentliche Angestellte Veränderungen bekämpfen lasse. Weil alle grossen EU-Staaten im Steuerwesen kartellmässig organisiert seien, wachse der Druck auf die Schweiz.

Vor allem deutsche Politiker haben die Schweiz ins Visier genommen. In Zeiten, da die Berliner «Welt am Sonntag» einen aufgeblähten Bundesadler zeigt, der abgemagerte Bürger ausnimmt und dazu titelt: «Der Staat frisst den Aufschwung», lenken Amtsträger die Debatte lieber auf Schauplätze im Ausland. Viele Deutsche hätten nämlich das Gefühl, «dass beim Hotel Deutschland das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht stimmt», schrieb Peter Bofinger, Mitglied des fünfköpfigen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen nationalen Entwicklung, in der «Süddeutschen Zeitung». Und sie lägen damit nicht falsch, bilanziert Bofinger.

Unter den EU-Staaten wendet Deutschland in Relation zum Bruttoinlandprodukt am drittwenigsten für Bildung auf. Auch hinsichtlich der gesamten Staatsausgaben pro Bürger belegt es einen der letzten Plätze. Das Steuergeld werde weniger effizient als in der Schweiz eingesetzt, analysiert Bruno S. Frey, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Zürich. In Deutschland dominiere immer noch die Vorstellung des Obrigkeitsstaats: «Die Bevölkerung tut, was ihr gesagt wird.» Dadurch sei die Bürokratie riesig und alles viel komplizierter als hierzulande. Frey nimmt die Angestellten in Schweizer Verwaltungen zudem als wesentlich motivierter wahr als die Beamten in Deutschland.

Die Kampagne gegen Steuersünder hat den deutschen Behörden in weiten Teilen der Bevölkerung Sympathie eingetragen. Paradoxe Weise muss der Beifall auch aus Kreisen kommen, die selber Einnahmen am Fiskus vorbeischleusen, wenn dies tatsächlich die Mehrheit der deutschen Steuerpflichtigen tut. Die Unverfrorenheit der Sünder gäbe einer Studie über die Wirkung strafrechtlicher Abschreckung recht: Die Steuermoral werde von Gefängnis- und Geldstrafen kaum beeinflusst, lautet die Erkenntnis. Viel stärker als strafrechtlicher Druck wirke die Identifikation mit einem als legitim empfundenen Staat.

((info-box))

► **Interview:** "Grossverdiener eignen sich als Sündenböcke"

Link:

http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/grossverdiener_eignen_

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/die_steuer-hoelle_1.685955.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
